

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertagen. Bezugspreis vom 25.—31. Oktober: RM. 2.000 000 000. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 350 000 000 M. Girokonto 50 bei b. Oberamtspostkasse Neuenbürg. Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Hüberle u. Co. Wildbad. Girokonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beitzelle oder deren Raum i. Bez. Grundr. RM. 30 außerh. 35 einchl. Inf.-Steuer. Reklameweile 70 M. Schlüsselsatz 12 Millionen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Musterterteilung werden jew. 7 000 000 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 252

Februar 179

Wildbad, Montag, den 29. Oktober 1923

Februar 179

58. Jahrgang

## Smuts gegen Poincaré

So schonungslos wie General Smuts in seiner Ansprache im Südafrikanischen Klub in London hat noch kein Mitglied des Verbands dem Menschenschinder Poincaré die Maske heruntergerissen. Und nun hält der, mit allen Wassern gewaschene Wettermacher es für geraten, in seiner Presse die Flagge „Amerion“ wieder einmal einzuziehen und statt dessen die Flagge „Entschädigungen“ herauszuhängen. Smuts ist der Erminister und Vertreter der Dominions von Südafrika auf der britischen Reichskonferenz. Welches Interesse gerade Südafrika daran hat, dem neufranzösischen Herrschaftsdrang entgegenzutreten, verrät sich mit dem Satz: „Die Franzosen haben die schwarzen Horden Afrikas in den Dienst ihres Militarismus gestellt.“ Welchen Bärendienst General Mangin und Poincaré mit ihrem allzu offenerzigen Bekenntnis, die Franzosen seien kein Volk von 39 Millionen, sondern von 100 Millionen, ihrem Land erwiesen haben, davon bekommen die Franzosen hier die erste Andeutung. Nach der Auffassung des Generals Mangin, der Poincaré in öffentlicher Rede beigetreten ist, wohnt der Hauptteil der französischen Bevölkerung nicht in Europa, sondern — in Afrika. Die Südafrikaner fühlen sehr richtig heraus, daß wenn erst die französische Vorherrschaft über Westeuropa sichergestellt ist — dann folgt Afrika an die Reihe kommt. Sie unterschätzen die Gefahr für das britische Afrika nicht, zumal auch der belgische Vassallenstaat Frankreichs im Herzen Afrikas seinen Kongostaat besitzt. Die Südafrikaner wissen, daß es sowohl um das Gleichgewicht der Mächte wie um die Vorherrschaft der Weißen in Afrika gegangen wäre, wenn England das europäische Festland der französischen Jüggellosigkeit widerstandslos ausgeliefert. Deshalb — und nicht etwa aus Vorliebe für uns Deutsche — verlangt der südafrikanische Minister, daß nicht England allein, sondern das Britische Reich als Ganzes sich einer Politik widersetze, die über den wirtschaftlichen Ruin Mitteleuropas das Auseinanderbrechen des Deutschen Reichs erzwingen will.

Man kann sich kaum vorstellen, daß Smuts, in Gegenwart der Erminister aller Dominions, seine Rede sollte gehalten haben, ohne sich vorher mit der englischen Regierung verständigt zu haben. Dagegen kann man sich ganz gut vorstellen, weshalb die englische Regierung es vorzieht, eine Programm-Rede, die eigentlich Baldwin hätte halten müssen, von Smuts halten zu lassen. Wenn Baldwin, auch mit der ihm eigenen philosophischen Langsamkeit, das gleiche gesagt hätte wie Smuts, so wäre der Krach in der konservativen Partei fertig gewesen. Das Organ der Diehards, die „Morning-Post“, gibt sich schon die erdenklichste Mühe, die Wirkung der Rede abzuschwächen, die Smuts in die vom Poincarismus geknechtete Welt hinausgeschmettert hat. Aber wenn die Diehards es, im Vertrauen auf die Angst des englischen Philisters vor einer Regierung der Arbeiterpartei, auch auf einen Bruch innerhalb des Kabinetts hätten ankommen lassen, so werden sie es doch schließlich zum Bruch mit einem Erminister und einem Außenminister kommen lassen, deren Politik von den Dominions laut gebilligt wird. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß auch Baldwin sich als von Poincaré und Millerand über den Köpfen barbiert fühlt. Er glaubte von beiden die Zusicherung zu haben, wenn Deutschland den passiven Widerstand einstelle, so sei Frankreich zu Verhandlungen bereit. Im Vertrauen darauf, es mit Ehrenmännern zu tun zu haben, hat dann Baldwin jene unvorsichtige amtliche Mitteilung zugelassen, die die rührendste Übereinstimmung zwischen England und Frankreich, in Zielen und Grundfragen, feststellte; was Frankreich und Belgien dann nur dazu benutzten, die Einstellung des passiven Widerstands mit verstärktem Druck auf Deutschland zu beantworten.

Dennoch darf man sich nicht wundern, wenn Baldwin abwiegelt. Immerhin bleibt die Ankündigung einer internationalen Konferenz zur Lösung der Entschädigungsfrage, woran Amerika und die Dominions teilnehmen würden, auch wenn Poincaré ablehnen sollte.

## Das neue Geld

### Die Stückelung der Goldanleihe

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns: Die Währungsnot hat einen unerträglichen Grad erreicht. Die Schreden und Verluste der Geldentwertung rasen wie Furchen durch das Land. In diesem Augenblick, wo die Rettung schon zu spät zu kommen scheint, ist die Regierung endlich so weit, wertbeständiges Geld in größerem Umfang in den allgemeinen Verkehr zu bringen. Das neue Geld besteht in der Stückelung der deutschen Goldanleihe. Abschnitte der Goldanleihe zu 1, 2 und 5 Dollar werden heute

## Tagespiegel

Man vermutet, daß der Reichstag erst am 6. November einberufen werde.

Der Warschauer „Kurier Paranny“ meldet, die Sowjetregierung verjagte an der polnischen Grenze ein Heer mit großen Kriegsvorräten. Vier Jahresklassen seien einberufen. Auch Litauen ziehe bei Wilna ein Heer zusammen.

in größerer Zahl ausgegeben. Da aber der gewöhnliche deutsche Verbraucher in seiner grauenhaften Verarmung — man wird das erst jetzt deutlich erkennen — mit den stolzen Dollarscheinen nichts anfangen kann, geht man in der Stückelung herunter bis zu Beträgen von einem halben, einem Viertel und einem zehntel Dollar, also bis 210 und 105 und 42 Goldpfennigen. So hofft man Geld für die Lohnzahlungen an Arbeitnehmer zu haben. Aber die Lohn- und Gehaltsempfänger denken auch über die Sache nach. Der Vorstand des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunds hat eine Abordnung an den Reichskanzler entsandt, um ihm Forderungen zu unterbreiten, in denen nicht nur das neue wertbeständige Geld (und die dazu gehörenden Lebensmittel), sondern auch die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge verlangt wird. Das soll heißen: Statt der Indizesziffern und Zeicnungszuschläge der bisherigen Papiermarkberechnung soll der angepaßte Lohn maßgebend sein. Verlangt wird der Grundlohn in Gold! Und unter dem Grundlohn verstehen weise Schichten der Arbeitnehmer den einstigen Vorkriegslohn, von dem sie in ihren Gedanken und Wünschen trotz der allgemeinen Verarmung und trotz der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht loskommen. Hier werden die soziale Kämpfe von einer Festigkeit einsehen, die man im Reichsarbeitsministerium wahrscheinlich nicht erwartet hat.

Auch die freien Berufe, das Kleingewerbe und der todkranke Mittelstand, soweit er wirtschaftlich noch atmet, werden ihre Forderung an das neue Geld stellen. Sind die Banken, die ihre Kleinkundschaft zum größten Teil hinausgeworfen haben und nur noch mit dem bequemen Großkapital arbeiten wollen, auf den Goldkonten-Kleiverkehr eingerichtet? Kann man noch in dieser Woche Goldpfennige und Dollars einzahlen und abheben? Nehmen die Posthalter das neue Geld an und geben sie darauf heraus? Alles Fragen und Hoffnungen, die jetzt wie ein Sturmregen auf die Regierung niederdrasseln werden und die sofort in diesen Tagen durch die Tat beantwortet werden müssen.

Die Stückelung der Goldanleihe ist ein vorläufiger Notbehelf und noch nicht einmal die gesetzliche Zwischenlösung. Diese erfolgt erst durch die Rentenmark, die mit Beginn des Novembers ins Leben treten soll. Dann verfügt die deutsche Wirtschaft über einen ganzen Strauß von Zahlungsmitteln: Papiermark, Dollarscheine, Goldanleihe und Rentenmark. Wie werden sich diese vier Zahlungsmittel zueinander verhalten? Wie wird man sie auseinanderhalten? Die Wertbeständigkeit der drei neuen Zahlungsmittel wird durch die Papiermark gemessen. Der Wert der Papiermark wird aber nach wie vor durch den Devisenkurs bestimmt, und dies ist das große Loch, das sich in allen Zwischenlösungen befindet. Wäre es möglich, den Wert der Papiermark auf eine Linie von z. B. 42 Milliarden für einen Dollar zu bringen und hier festzuhalten, so wäre das Loch geschlossen. Aber dazu fehlen dem Reich die Devisen.

Der bekannte Finanzmann Franz Urbig, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, der als Sachverständiger an den währungsrechtlichen Beratungen der Regierung teilnahm, hat gelegentlich einer Ausschusssitzung des Zentralverbands des deutschen Bank- und Bankiergewerbes mit unangenehmer Logik nachgewiesen, daß sich die Papiergeldflut im neuen Hilfgeld fortsetzen wird! Jede Zwischenlösung „gleicht einem Brett, das man über einen Sumpf legt; es sinkt, wenn es zu lange liegt.“ — Es gibt eben nur eine Rettung: die möglichst rasche Wiedereinführung einer wirklichen Goldwährung, die unbezweifelhaft im Inland und unangreifbar vom Ausland her ist. Letzteres ist allerdings eine Aufgabe, die nur durch die hohe Politik gelöst werden kann. Erst wenn dieser Tag dämmert, erblickt uns neues wertbeständiges Geld.

## Goldnoten und Rentenmark

### Fundierung der schwebenden Schuld

Zu den Verordnungen über die Abänderung des Bankgesetzes gab der stellv. Präsident der Reichsbank v. Glasenapp wichtige Erläuterungen, denen wir folgendes

entnehmen: Reichsbank und Privatnotenbanken sind nach den Verordnungen befugt, Rentenbriefe und Rentenscheine (Mark) der Deutschen Rentenbank zu kaufen, zu verkaufen, erstere auch zu beleihen, ferner Darlehen von der Rentenbank zu nehmen. Die Reichsbank hat das Recht, von der Rentenbank Kredite bis zum Betrag von 1200 Millionen Rentenmark zu nehmen, um damit die Privatwirtschaft zu versorgen. Im Verhältnis zum Betrag des Rotenlaufes der Reichsbank und der Privatnotenbanken vom 31. Juli 1914 werden die 1200 Millionen so verteilt, daß auf die Reichsbank 1133,39, auf die Privatnotenbanken zusammen 66,61 Millionen Rentenmark entfallen. Der Bestand an Rentenbankscheinen wird als Deckung für die ausgegebenen Banknoten zugelassen, soweit er nicht zur Rückzahlung der Darlehen benötigt wird, die die Reichsbank bei der Rentenbank aufgenommen hat. Diese Darlehen im Rahmen der erwähnten Summen an die Privatwirtschaft werden auf Grund von Wechseln gewährt, die wiederum auf Rentenmark lauten. Sie sollen nach Möglichkeit zur Vinderung der wirtschaftlichen Not, zur Bezahlung der Ernte und zur Besserung der Reichsfinanzen verwendet werden. Die Rentenmark wird in dessen an den öffentlichen Kassen nicht zum Goldparikurs, sondern zu einem noch festzusetzenden Kurs in Zahlung genommen.

Die Goldmarknoten sind, wie bereits kurz berichtet, mindestens bis zu einem Drittel durch Gold oder Devisen gedeckt, und zwar wird dieser Gold- und Devisenbestand gesondert von dem übrigen Goldbestand der Reichsbank gehalten werden. Die übrige Zweidritteldeckung erfolgt durch Wechsel, die auf Goldmarknoten lauten. Diese Goldmarknoten können jederzeit in Gold oder Pfund oder Dollar nach Wahl der Reichsbank eingelöst werden. Sie dürfen auch im Auslande Geltung erhalten und damit der erste Schritt zur Errichtung einer deutschen Goldwährung getan sein.

Ferner wird die Reichsbank ermächtigt, unverzinsliche Schuldverschreibungen auf bestimmte Laufzeit auszugeben, um das Bedürfnis nach kurzfristigen wertbeständigen Anlagen zu befriedigen. Sie sind durch die wertbeständigen Kredite gedeckt, wie sie jetzt schon von der Reichsbank erteilt werden. Der Gesamtbetrag der auszugebenden Schuldverschreibungen darf nur den dreifachen Betrag des freien Goldbestandes der Reichsbank ausmachen, also des nach Deckung der auszugebenden Goldmarknoten übrig bleibenden Golds.

Alle auf die Reichsbank bezüglichen Bestimmungen finden auch auf die Privatnotenbanken Anwendung.

Von dem Augenblick an, wo die Rentenmark ausgegeben wird, darf die Reichsbank dem Reich kein Geld mehr vorstrecken. Das geschah bisher dadurch, daß die Bank der Reichsfinanzverwaltung gegen Schuldverschreibungen (Reichsschatzanweisungen) Reichsbanknoten anfertigte und als „schwebende Schuld“ ohne andere Deckung als die sogenannten Schatzanweisungen auslieh. Mit dieser Pumptwirtschaft, die es auf fast 410 000 Billionen Mark Reichsbanknoten gebracht hat, soll nun endlich Schluß gemacht werden. Um sich von der Schuldenwirtschaft der Reichsverwaltung loslösen zu können, erhält nun die Reichsbank von der neuen Rentenbank 300 Millionen Rentenbanknotenscheine zur Abtragung der genannten schwebenden Reichsschuld, indem ein entsprechender Betrag der Schatzanweisungen eingelöst und dafür Reichsbanknoten vernichtet oder aus dem Verkehr gezogen werden. Dadurch wird die Rentenmark in den Verkehr gebracht und die Papiermark in den entsprechenden Mengen verschwinden. Damit ist dann die Schatzanweisungsschuld der Reichsbank beseitigt und das Vertrauen zur Reichsbank wird wieder zurückkehren. Die kleinen Reichsbanknoten werden durch Aufruf aus dem Verkehr gezogen werden. Die schwebende Schuld des Reichs belief sich am

6. Oktober auf 73 450 Billionen Papiermark  
15. „ „ 170 581 „ „  
22. „ „ 408 000 „ „

Rechnet man diese auf Goldmark um: 408 Billionen Papiermark zum Kurs der Goldmark von 15 Milliarden, so ergibt sich eine Goldmarkschuld von rund 27 Millionen. Da die Rentenmark umtauschbar in Rentenbriefe ist, die mit 5 Prozent verzinst werden, so rechnet man, daß der Rentenmarkumlauf alsbald eine Einschränkung erfährt, da sie als Sparmittel zum Ankauf von Rentenmitteln verwendet werden wird. Die Rentenmarkscheine würden also aus dem Umlauf verschwinden und damit gleichzeitig die schwebende Schuld des Reichs fundiert werden, was abgehehen von der Goldanleihe bisher nicht möglich war. Auch jede weitere Verschuldung des Reichs wird ganz von selbst dadurch fundiert werden, daß jeder seine Rentenmark in Rentenbriefe umtauschen kann.







